



Tom David Uhlig & Robin Koss

Unfriedliche Revolution. Erinnerungspolitische Auseinandersetzungen um DDR und Mauerfall

Die sogenannte Wiedervereinigung ist noch vor der Shoah und dem Nationalsozialismus für die Mehrzahl der Deutschen mittlerweile zum wichtigsten Bezugspunkt deutscher Geschichte geworden. Mit der Erzählung einer friedvollen Überwindung der ›Teilung‹ Deutschlands wird in der Öffentlichkeit immer wieder versucht, eine Gemeinschaft herzustellen. Dabei ist die Erinnerung an die DDR und den Mauerfall von Mythenbildungen und Instrumentalisierungen geprägt, die in enger Beziehung zur Geschichte Nazideutschlands stehen. In der Bildungsstätte Anne Frank wurde 2020 versucht, mit der Ausstellung »Anderen wurde es schwindelig. 1989/90: Schwarz, jüdisch, migrantisch« eine Irritation deutscher Selbstgewissheiten über die DDR anzuregen. In diesem Artikel möchten wir Inhalte der Ausstellung mit gesellschaftstheoretischen Erwägungen ins Gespräch bringen und darüber die Schuldabwehr thematisieren, welche den zeitgenössischen Blick auf die DDR zu prägen scheint. Auch 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist das Bild einer homogenen Bevölkerung noch wirkmächtig und erschwert eine differenzierte Diskussion über die Pluralität in der DDR-Gesellschaft sowie der unterschiedlichen Konsequenzen der Maueröffnung für unterschiedliche Teile der Bevölkerung. In verzerrter Form geriet diese Fragestellung zuletzt in der feuilletonistischen Aufbereitung von Forschungsergebnissen ins Blickfeld, die eine vergleichbare Situation der Ostdeutschen heute mit der muslimischen Bevölkerung Deutschlands nahelegen. Die Plausibilität dieses Vergleichs wird zum Schluss diskutiert.

Schlagwörter: Nation Building, Erinnerungspolitik, Rassismus, DDR

»Einheit, Freiheit, Demokratie – das haben die Mutigen damals erkämpft. Welch ein großartiges, welch ein stolzes Erbe. Machen wir was draus!« Die pathetische Rede des Bundespräsidenten Steinmeiers 2019 liefert zum Jahrestag des Mauerfalls vor dem Brandenburger Tor die gängige Palette von Wiedervereinigungsmotiven: Die friedlichen Revolutionäre haben die Mauer eingerissen, den Deutschen wurde »neues Vertrauen« geschenkt nach dem »Absturz in die Barbarei«, auch heute gibt

es »Mauern aus Frust, Mauern aus Wut und Hass« die »unserem Zusammenhalt im Wege stehen«. In der zehnminütigen Rede kommt 28 Mal das Wort »wir« vor und 20 Mal »uns«, zumeist als Possessivpronomen: »unser Land«, »unsere Zeit«, »unsere Geschichte«. Es ist eine Übung in Vergemeinschaftung, des Zusammenrückens durch den geschichtlichen Punkt, der dem Jahrestag des Novemberpogroms einen neuen Sinn verleihen soll. 30 Jahre zuvor, nach einer Kranzniederlegung vor der Dresdner Frauenkirche für die Erinnerung an »das Leid und an die Toten dieser wunderschönen alten deutschen Stadt« beschwor Helmut Kohl (1989) die gleiche Formel. Der eingeschlagene Weg werde von den europäischen Nachbarn teils mit Sorgen und Ängsten beobachtet, für die es auch Verständnis gebe, allerdings: »Aus Ängsten aber kann nichts Gutes erwachsen. [...] Wir sagen ›ja‹ zum Selbstbestimmungsrecht, das allen Völkern dieser Erde zusteht – auch den Deutschen.« Der Vergemeinschaftungsphantasie Wiedervereinigung wollte sich offenbar kaum jemand enthalten, sie wirkte auch in den linken Parteien. Joschka Fischer (1989), damals noch Fraktionsführer der hessischen Grünen, frohlockte in der *taz*: »Zum ersten Mal auch seit der blutigen Niederschlagung der demokratischen Revolution von 1848 hat der Begriff ›Volk‹ in der politischen Sprache in Deutschland wieder einen guten, einen aufrechten Klang«. Der aufrechte Klang, angestimmt von den Parlamentarier:innen im Bundestag als sie am 9. November 1989 nicht etwa den Ermordeten der Shoah gedachten, sondern unisono die Nationalhymne schmetterten, hallte nach in den völkischen Protesten und Angriffen gegen Menschen, die nicht zum Volk gehören durften, im Applaus der zweitausend Schaulustigen, während Brandsätze auf das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen geworfen wurden. Die schwarze Aktivistin und Lyrikerin May Ayim (2012[1993]) zeigte früh die Leerstellen im Bild der Einheit: »[F]ür wen und wie viele war Platz in der gepriesenen neuen Heimat? Wer umarmte sich da in deutsch-deutscher Vereinigung und wer wurde umarmt, vereinnahmt, verstoßen? Wer zum ersten Mal, wer schon wieder, wer schon immer?« (Ebd., S. 54) Stimmen wie diese werden selten gehört, wenn es Jahrestage zu begehen gilt, denn sie stören das Einträch-

tige, das vermeintlich naturhafte Zusammenfinden des ›Deutschen Volkes‹.

Die Erinnerung an die DDR und den Mauerfall ist von Vereindeutigungen geprägt, sie ist ein essentieller Bestandteil des deutschen *Nation Building*. Mit der sogenannten Wiedervereinigung wird das *Short Century* in Deutschland für beendet erklärt und die vielfach als Strafe empfundene Teilung für abgesessen. Die Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* gibt seit 2018 den *Multidimensionalen Erinnerungsmonitor* in Auftrag, für den in einer repräsentativen Untersuchung die Teilnehmer:innen gefragt wurden, »was Ihrer Meinung nach das wichtigste Ereignis in der deutschen Geschichte ist«. (MEMO, 2020, S. 7) 28,7% der Befragten gaben Antworten, die dem Kontext Nationalsozialismus zuzuordnen seien, und 46,4% räumten dem Kontext ›Wiedervereinigung‹ Priorität ein. Es zeigten sich keine statistischen Unterschiede im Antwortverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland. Der womöglich erschreckende Umstand, dass für beinahe die Hälfte der Bevölkerung alle anderen geschichtlichen Ereignisse einschließlich Nationalsozialismus und Shoah hinter der deutschen Teilung zurückstehen, sagt allerdings noch wenig darüber aus, was die Teilung für diese Personen bedeutet.

Bereits im Begriff ›Wiedervereinigung‹ zeigt sich, für wie selbstverständlich es oftmals gehalten wurde, dass die beiden ›Teile‹ Deutschlands eines Tages zusammenfinden werden. Im Artikel 116 des Grundgesetzes ist bereits angelegt, dass der Anspruch Deutschlands über die Staatsgrenzen der BRD hinausreicht. Dort heißt es:

Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkzugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Das ethnische Kriterium reicht also weit über die Elbe und sogar über die Oder-Neiße-Grenze hinaus und in diesem Sinne ist die ›Wiedervereinigung‹ nur ein folgerichtiger Schritt – ein erster Schritt, wie es zahlreiche

Aktivitäten der Vertriebenenverbände oder jüngst die AfD verhärmt proklamiert, deren Vorsitzende Alice Weidel bei ihrer Rede zum 70. Jahrestages des Grundgesetzes die Bundesländer der ehemaligen DDR als ›mitteldeutsch‹ bezeichnete. Insbesondere im Blick von außen zeigt sich dann jedoch bisweilen, dass der Schritt so selbstverständlich, zwingend und folgerichtig vielleicht doch nicht sein muss. Der britische Schriftsteller James Hawes machte 2017 in seinem populärwissenschaftlichen Buch *The Shortest History of Germany* ›Ostelbien‹ von Preußen bis zu den neuen Bundesländern zum Hautproblem Deutschlands aus: Hier sei die NSDAP überproportional häufig gewählt worden, so wie heute die AfD.¹ Hawes Geschichtsschreibung ist monokausal, notwendig unpräzise und harmonisiert Westdeutschland, irritiert aber offenbar die hiesig etablierte Vorstellung einer quasi-natürlichen Einheit der Deutschen. In Großbritannien landete er dafür auf Bestsellerlisten, in Deutschland erntete er Stirnrunzeln seitens des Feuilletons.

Die Erfolgserzählung der ›Wiedervereinigung‹ gründet bereits lange nicht mehr auf den ökonomischen Versprechen, mit denen sie dereinst antrat, sondern vielmehr in einer vermeintlichen kulturellen Notwendigkeit, die dabei immer mitschwang. Jedoch bekommt auch dieses Fundament zunehmend Risse: Der Erfolg der AfD in den neuen Bundesländern befremdet einerseits die Westdeutschen und erleichtert es ihnen, sich auf der sicheren Seite zu wähnen, und andererseits fühlen sich viele im Osten stigmatisiert und unterrepräsentiert. Der historische Moment der ›Wiedervereinigung‹ ist ein populärer Deutungsrahmen, in dem die Konjunktur der völkischen Rechten und des Faschismus interpretiert wird, dabei jedoch immer wieder zentrale Leerstellen (re-)produziert. Es scheint uns von daher angebracht, einige erinnerungspolitische Konflikte um die DDR zu vergegenwärtigen. Im Folgenden diskutieren wir zunächst die Gleichzeitigkeit des dominanzgesellschaftlichen Erinnerns an den Nationalsozialismus und die DDR in West- und Ostdeutschland. Insbesondere die totalitarismustheoretische Parallelisierung erlaubte eine Dämonisierung des Kommunismus bei gleichzeitiger Verharmlosung des Nationalsozialismus, die sich bis in gegenwärtige politische Konflikte fortschreibt. Danach greifen wir auf Inhalte der Ausstellung *Anderen wurde es*

schwindelig. 1989/90: Schwarz, jüdisch, migrantisch der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main zurück. Die Ausstellung war von November 2019 bis Mai 2020 in Frankfurt zu sehen und versammelte marginalisierte Erinnerungen und Erfahrungen von Schwarzen Personen und Menschen of Color, von Jüdinnen und Juden und Migrant:innen aus Ost- und Westdeutschland, die das gängige dominanzgesellschaftliche Bild der DDR und der ›Wiedervereinigung‹ verunsichern. Die Ausstellung versammelte künstlerisch-dokumentarische Positionen von drei ganz unterschiedlichen Kuntschaffenden: In den eigens für die Ausstellung produzierten Videoporträts von *spot_the_silence* sprechen Schwarze Menschen, Jüdinnen und Juden, People of Color und Migrant:innen aus Ost und West über ihre Erfahrungen mit der Wende. Hito Steyerls essayistische Filmcollage *Die leere Mitte* (1998) zeichnet anhand der Architekturgeschichte Berlins nach, dass die Kehrseite der Konstruktion einer Nation häufig rassistische und antisemitische Grenzziehungen sind. Der Fotograf Malte Wandel macht mit seiner Arbeit *Einheit, Arbeit, Wachsamkeit* (2009-2019) einen Dialog mit Olga Macuacua und Nelson Munhequete sichtbar, die in den 1980ern als Vertragsarbeiter:innen aus Mosambik in die DDR migrierten.²

Ziel der nachfolgenden Überlegungen ist es, Inhalte der Ausstellung mit gesellschaftstheoretischen Erwägungen ins Gespräch zu bringen und darüber exemplarisch die Schuldabwehr zu thematisieren, welche den zeitgenössischen Blick auf die DDR zu prägen scheint. Auch 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist das Bild einer homogenen Bevölkerung noch wirkmächtig und erschwert eine differenzierte Diskussion über die Pluralität in der DDR-Gesellschaft sowie der unterschiedlichen Konsequenzen der Maueröffnung für unterschiedliche Teile der Bevölkerung. In verzerrter Form geriet diese Fragestellung zuletzt in der feuilletonistischen Aufbereitung von Forschungsergebnissen ins Blickfeld, die eine vergleichbare Situation der Ostdeutschen heute mit der muslimischen Bevölkerung Deutschlands nahelegen. Die Plausibilität dieses Vergleichs wird zum Schluss diskutiert.

Erinnerungen an Nationalsozialismus und DDR

1995 schrieben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in ihrem furiosen Rundumschlag *Die Offenbarung der Propheten*:

Die Deutschen zogen einen dicken Schlussstrich unter den Sozialismus, indem sie sich fast geschlossen um den Nachweis bemühten, mit ihm nie etwas am Hut gehabt zu haben. Darin unterscheidet sich ihre zweite Vergangenheitsbewältigung prinzipiell von der ersten. Die Volkspolizei der DDR war nun insgesamt schuldig, die der Wehrmacht blieb insgesamt sauber (Ebd., S. 284).

Bereits in den Gründungsjahren der BRD hatte der Antikommunismus eine integrative Kraft, mittels derer Ressentiment-Strukturen der nationalsozialistischen Ideologie in die Gegenwart gerettet und gleichzeitig ein demokratischer Anstrich beibehalten werden konnte. Die Vermeidungsstrategie, anstatt über das Dritte Reich zu sprechen, über den Kommunismus zu schimpfen, hat den realexistierenden Sozialismus überdauert. Daraus schließt Jan Korte (2009): »Der Antikommunismus braucht keine reale Grundlage, wie zum Beispiel fehlende demokratische Rechte in der DDR, auf die er verweisen kann, sondern ist reine Ideologie.« (Ebd., S. 113) Offenkundig eine recht flexible Ideologie, wie derzeitige politische Konflikte zeigen: Seitens der völkischen Rechten und »Nationalkonservativer« wird derzeit verstärkt eine Parallelisierung der DDR zur gegenwärtigen BRD propagiert. »Vollende die Wende«, »Wende 2.0«, »Die »friedliche Revolution« mit dem Stimmzettel«, prangte im Wahlkampfjahr 2019 auf brandenburgischen AfD-Plakaten. Politiker:innen und Anhänger:innen der AfD identifizieren sich mit der »friedlichen Revolution«, als Opfer von Zensur und der Einschränkung des Versammlungsrechts. Das »Regime Merkel« wird dabei zur Nachfolgeorganisation der SED stilisiert, die »totalitär« bestimmen würde, was die Bürger:innen zu denken haben. Die antikommunistische Ideologie scheint sich nun also sogar gegen die CDU gewendet haben, der dieses Ressentiment selbst konstitutiv ist (vgl. Uhlig, 2020). Natürlich ist die Gegnerschaft zur DDR von rechts – sowohl inner- als auch außerhalb –, kein

neues Phänomen (vgl. Heitzer, 2018). Neu scheint indes die immense Beliebtheit des Vergleichs der aktuellen Bundesrepublik mit der DDR. Dabei ist das Verhältnis der sogenannten Rechtspopulisten und Neuen Rechten zur DDR keineswegs frei von Ambivalenzen. Eine autoritäre Gesellschaft, in welcher Grundrechte nach eigenen Gutdünken beschnitten werden können, ist ihr mehr oder minder erklärtes Ziel. Annetta Kahane (2018), Leiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung, bringt diese Sehnsucht auf den Punkt: »Ein nicht unerheblicher Teil der PEGIDA-Demonstranten und AfD-Wähler wünscht sich genau diese DDR ohne Einwanderer und Demokratie zurück.« (Ebd. S. 274) Faszination ist mit Ablehnung verwoben: Die Erinnerung an die DDR erlaubt eine Selbstviktimisierung in Vergangenheit und Gegenwart, von der aus zum Angriff übergegangen werden kann. Man will Opfer der DDR geworden sein, ist es vermeintlich auch heute noch, und erlaubt sich deshalb den autoritären Griff nach der Macht. Ein doppelter Geschichtsrevisionismus stützt diesen Diskurs: Zum einen dient die DDR zur Entsorgung der deutschen Schuld des Nationalsozialismus, indem sie eine Umdeutung der Täter zu Opfern erlaubt, und zum anderen wird die DDR selbst verharmlost im Vergleich zur Gegenwart. Die Rechten beklagen nicht die autoritäre Staatsform der DDR, denn eine solche wünschen sie sich selbst, sondern nutzen die Erzählungen, sich als Unterdrückte zu stilisieren und dabei ihren Antikommunismus zu bedienen. Der geschichtsrevisionistische Umgang mit der DDR dient gleichzeitig der Trivialisierung der deutschen Verbrechen wie der Dämonisierung der gegenwärtigen Demokratie, deren Abschaffung man sich so sehnlich wünscht. Insbesondere soll hier auf den ersten Punkt näher eingegangen werden, die Instrumentalisierung der DDR zur Schuldabwehr von NS-Verbrechen. Diese Denkfigur ist kein Produkt von Akteuren wie der AfD, sondern politisch und geschichtswissenschaftlich sowohl in der ost- wie der westdeutschen Gesellschaft vorbereitet worden. Die AfD kann hier an gesellschaftlich wirkmächtige Schablonen anschließen, was ihre Strategie wohl auch so erfolgreich macht.

›Totalitarismus‹: Die DDR aus westdeutscher Sicht

Die DDR wurde von westdeutscher Seite vielfach als ungerechte Strafe gegenüber dem ›deutschen Volk‹ empfunden und selten als direktes Produkt des deutschen Vernichtungswahns verstanden. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1990) zitiert in seiner bedeutsamen Rede *Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung*, die 1985 so etwas wie den Startschuss für eine staatstragende Erinnerungspolitik abfeuerte: »Es lastet, es blutet, dass zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze.« (Ebd., S. 44) Die Rede, welche vordergründig die Anerkennung der deutschen Verbrechen zum Thema hat, dabei aber systematisch Täter und Opfer durcheinanderbringt, dient auch der Vorbereitung der sogenannten Wiedervereinigung. In der Blut- und Boden-Metapher schwingt die Klage über eine vermeintliche Härte der deutschen Teilung mit, die rückgängig gemacht werden will. Im Folgejahr brach im deutschen Feuilleton der ›Historikerstreit‹ aus: Anlass war ein geschichtsrevisionistischer Artikel des Historikers Ernst Nolte (1986) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel *Vergangenheit, die nicht vergehen will*. Nolte stellte darin die Singularität von Auschwitz in Abrede und behauptete, das stalinistische Gulag-System sei den deutschen Konzentrationslagern vorgängig und Vorbild gewesen. Die nachfolgende Diskussion brachte geschichtswissenschaftlich keinerlei neue Erkenntnisse, aber befeuerte eine vergleichende Perspektive zu Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus, die auch vor der DDR nicht Halt machte. 1993 wurde das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung gegründet, das sich zur Aufgabe machte, »die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren« (zit. nach Ionescu, 2019, S. 66). Arendt wurde hier mit ihrem Buch *The Origins of Totalitarianism* von 1951 zur Stichwortgeberin eines Vergleichs herangezogen, den sie selbst keineswegs getroffen hatte. Laut Arendt ist ein zentrales Charakteristikum totaler Herrschaft der Terror, ein Element, das Mitarbeiter des Instituts mutwillig ausklammerten, um eine weitere Vergleichbarkeit zwischen SED-Regime

und Nationalsozialismus leisten zu können (vgl. ebd., S. 67). Im alltäglichen Sprachgebrauch äußert sich diese totalitarismustheoretische Schablone etwa in der Rede, man habe als Deutsche unter ›zwei Diktaturen‹ gelitten, ganz so als habe man daran keinen Anteil gehabt und schwerwiegender noch als stünde die DDR auch nur im entferntesten mit dem Nationalsozialismus in verwandtschaftlicher Beziehung. Solche geschichtlich fragwürdigen und politisch gefährlichen Gleichsetzungen wurden institutionell Mitte der 1990er Jahre verankert, wirken aber weit darüber hinaus. Hubertus Knabe, ehemals Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, gab dem *SPIEGEL* 2007 bekannt: »Erst wenn die kommunistische Diktatur den Deutschen ähnlich präsent ist wie das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten, ist die Aufarbeitung der Hinterlassenschaften von Stasi-Minister Erich Mielke wirklich gelungen.« Diesen Kurs behielt er bis zu seinem Rauswurf 2018 bei. Die ›doppelte Vergangenheitsbewältigung‹ hat zum Vorteil, sich nicht mehr mit den Spezifika des Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. Bis heute ist der Glaube weitverbreitet, die Gesellschaft der Täter sei hier irgendwie auch Opfer geworden und die Shoah nur ein geschichtliches Ereignis unter vielen.

›Antifaschismus light‹: Die DDR aus Sicht der DDR

»Die DDR ist ja nicht vom Himmel gefallen«, bringt es Anetta Kahane in einem Interview für die Ausstellung *Anderen wurde es schwindelig* auf den Punkt. Sie betont, dass die DDR – allem antifaschistischen Anspruch zum Trotz – ein Nachfolgestaat und eine Nachfolgesellschaft des Nationalsozialismus mit entsprechenden Prägungen gewesen sei. Dementsprechend wurden auch in der DDR die Besonderheiten des Nationalsozialismus, namentlich der bestimmende mörderische Antisemitismus, kaum thematisiert. Stattdessen entfaltete die Dimitroff-These hier ihre volle Wirkung: Georgi Dimitroff vertrat 1935 die marxistisch-leninistisch inspirierte Behauptung, der Nationalsozialismus sei »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Dimitrov, 1935, o. S.). Der

Nationalsozialismus tritt hier lediglich als ›Agent‹ des Kapitals auf – eine Verkürzung, die sich auch unter Westdeutschen Linken der 1970er Jahre einiger Beliebtheit erfreute und die vergisst, dass die NS-Vernichtungspolitik keineswegs ökonomischem Kalkül folgte. Daraus folgerte, dass Jüdinnen und Juden kaum in besonderer Form gedacht wurde beziehungsweise sie sogar als ›Opfer zweiter Klasse‹ hinter den kommunistischen Widerstandskämpfer:innen zurückstehen mussten. Verena Haug (2015) konstatiert eine »Verengung des Blicks auf die Opfer des kommunistischen Widerstands und die Erklärung des Faschismus durch die ›Monopolstellung des Finanzkapitals‹« (ebd., S. 25). Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus hatten keinen Platz im nationalen Narrativ der DDR. Sie waren sinnlos gestorben, aus keinem Grund als dass sie Jüdinnen und Juden waren, und taugten also wenig zur Staatspropaganda. Wenn der Shoah gedacht wurde, dann vorrangig im Rahmen einer Universalgeschichte, die versuchte das Geschehene zu verallgemeinern. Der Soziologie Thomas Haury (2002) zeichnet diese Praxis der Geringschätzung nach: ›Arisiertes‹ Vermögen wurde kategorisch nicht zurückgegeben und Opfer als »Verfolgte« geringer berentet als die »Kämpfer« (vgl. ebd. S. 305–324). Zu den Opfern zählten sich auch Angehörige der Täter:innengesellschaft. Kahane erinnert sich in der Ausstellung:

Was die DDR-Gesellschaft oder die Politik dort gemacht hat, war, sie hat gesagt: Alle waren Opfer, vor allen Dingen die deutsche Arbeiterklasse. Opfer der Verführung durch die Hitler-Faschisten. Der Faschismus ist wie eine Nacht über uns hereingebrochen hat Erich Honecker immer gesagt, so wie ein Naturereignis. [...] In diesem Opfernarrativ ist die DDR groß geworden, sind die Leute groß geworden. Wer Opfer ist, ist nicht verantwortlich, wer nicht verantwortlich ist, empfindet weder Verantwortung, noch kann er welche produzieren.

Dennoch hält sich bis heute der Mythos, in der DDR sei konsequent mit der deutschen Vergangenheit gebrochen worden, einerseits durch die ›Aufarbeitung‹ der Vergangenheit, die eben vor allem den kommunisti-

schen Kämpfer:innen galt, und andererseits durch eine effiziente Entnazifizierung. Tatsächlich erfolgte in der Sowjetischen Besatzungszone eine rasche und – gemessen an Westdeutschland – umfassende Entnazifizierung. Allerdings duldete das Regime aber auch einen hohen Prozentsatz ehemaliger NSDAP-Mitglieder in den Reihen ihrer Funktionsträger. Wie im Westen wollte man auf deren ›Expertise‹ nicht verzichten und tabuierte das Thema nach einer kurzen Phase. Nach Volkhard Knigge (2017, o. S.) war das Geschichtsbild

staatlich gelenkt: Der Nationalsozialismus war ausschließlich ein Werk Hitlers und seiner Clique im Dienste des in die Krise geratenen Kapitalismus. [...] Das deutsche Volk war in erster Linie Opfer. Der Faschismus galt als Regime-, nicht auch als Gesellschaftsverbrechen. Die DDR begriff sich zudem als der Teil Deutschlands, in dem der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet sei.

Im Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD, welcher den Beitritt der DDR regeln sollte, ist nach Martin Jander (2018) dann auch weder von der antizionistischen Politik der SED noch den Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus die Rede (vgl. ebd., S. 217). Uwe Dziuballa, der in Chemnitz ein koscheres Restaurant betreibt, erinnert sich in der Ausstellung an die Auswirkungen der antizionistischen Politik auf sein Leben in der DDR. Sobald es um Israel ging, so Dziuballa, habe es immer gleich geheißen: »Die israelische Armee – alle Kindermörder!«. Der staatlich verordnete Antifaschismus schloss Israelhass und israelbezogenen Antisemitismus in der DDR nicht aus, mehr noch wurden diese vom Regime im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus sogar explizit gepflegt (vgl. Herf, 2019).

Die Marginalisierten Anderen der DDR

Das antifaschistische und antiimperialistische Selbstbild der DDR produzierte Schuldabwehr auch in Bezug auf Rassismus. Eindrücklich schildert dies die Schwarze Wissenschaftlerin Peggy Piesche in der Ausstellung. Die im antiimperialistischen Selbstbild proklamierte internationale Soli-

darität sei für sie eines der wenigen Identifikationsangebote der DDR-Gesellschaft gewesen. Jedoch habe sie bereits als Kind merken müssen, dass diese Solidarität eher zu Image- und Propagandazwecken gepflegt wurde:

Ich war im Prinzip immer das Abbild für diese Solidarität. Und das ist ein Änderungsprozess. Kinder verstehen das sehr wohl, auch wenn sie keine Worte dafür haben, dass sie bei internationaler Solidarität nicht gleichwertig mitgedacht werden und damit war dieser kleine Möglichkeitsraum eines Angebots auch schon wieder dahin.

Piesche führt weiter aus, dass die offizielle Politik der DDR-Regierung eine öffentliche Auseinandersetzung und Verhandlung mit den tief in der DDR-Gesellschaft verankerten antisemitischen und rassistischen Denk- und Deutungsstrukturen verunmöglichte. Der offizielle Antifaschismus proklamierte diese als Probleme des Westens, nicht des Ostens. Antisemitismus und Rassismus durfte es nicht geben, gleichwohl ihre gewaltvollen Artikulationen für viele Menschen alltägliche Realität waren.

Im Jahr 2019 gründete sich eine Initiative, die auf rassistische Morde und ihre Verschleierungen durch die DDR-Regierung und ihr Vergessen in der Nachwendezeit aufmerksam macht. Die Initiative trägt den Namen *12. August*, den Jahrestag des Mordes an den kubanischen Vertragsarbeitern Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret im Jahr 1979 in Merseburg.³ Nachdem es in der Stadt bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. August 1979 zu rassistischen Hetzjagden gekommen war, gab es am Abend des 12. August abermals Auseinandersetzungen und Schlägereien. Aus diesen heraus wurde eine Gruppe kubanischer Vertragsarbeiter:innen von einem aufgeputschten Mob durch die Straßen gehetzt. Auf ihrer Flucht wurde der Gruppe der Vertragsarbeiter:innen auf einer Brücke der Weg versperrt, woraufhin sie in die Saale sprangen. Berichten zufolge wurden sie im Wasser mit Weinflaschen und Ziegelsteinen beworfen. Bei diesem Angriff kamen Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret ums Leben. Die genauen Tatumstände wurden durch die DDR-Justiz nie aufgeklärt, es fand keine Strafverfolgung der Täter:innen statt, es wurde vielmehr angewiesen, die Umstände des Todes zu verschleiern. In seiner

Studie zu rassistischer Gewalt in der DDR untersuchte der Historiker Harry Waibel ca. 1.500 unveröffentlichte Archivmaterialien und belegte durch seine Nachforschungen rund 8.600 neo-nazistische, rassistische und antisemitische Propaganda- und Gewalttaten, die nicht aufgearbeitet wurden (Waibel, 2014, S. 13).

Neokoloniale Ausbeutung im antikapitalistischen Staat: Die Situation der Vertragsarbeiter:innen

Delfin Guerra und Raul García Paret waren als sogenannte Vertragsarbeiter:innen in die DDR gekommen. Grundlage der Arbeitsverhältnisse der Vertragsarbeiter:innen waren Verträge der DDR mit anderen sozialistischen »Brüderstaaten«. Durch die zeitlich befristete Anwerbung von Arbeitskräften sollten unterbesetzte Arbeitsbereiche in der DDR-Wirtschaft verstärkt werden, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Von größter Bedeutung für die DDR waren dabei die Abkommen mit den Sozialistischen Republiken Mosambiks (1979) und Vietnams (1980). Auf dieser Grundlage migrierten bis 1989 unter anderem rund 20.000 Mosambikaner:innen und rund 60.000 Vietnames:innen in die DDR. Teilaspekte der komplexen Geschichte der Vertragsarbeiter:innen begegneten den Besucher:innen in der Ausstellung der Bildungsstätte Anne Frank in einem Interview mit Mai-Phuong Kollath sowie in einem Dialog des Fotografen Malte Wandel mit den ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter:innen Olga Macuacua und Nelson Munhequete.

Als Olga Macuacua 1986 in Berlin Schönefeld landet, hat sie noch keine Informationen darüber, wo und in welchem Beruf sie ausgebildet werden soll:

Wir waren total unvorbereitet. Ich konnte kein Wort Deutsch. In Dresden sollten die Mosambikaner im Fleischkombinat arbeiten, doch ich wollte das auf keinen Fall. Eigentlich hatten wir keine Wahl, aber ich wurde mit 28 anderen Frauen nach Freital gebracht, um im Glaswerk zu arbeiten. Wir sind nur zwei Wochen in eine

Schule gegangen und haben etwas Deutsch gelernt. Wir haben keine weitere Ausbildung erhalten. Wir sollten eigentlich sofort arbeiten.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Vertragsarbeiter:innen sind durch Ausbeutung und rassistische Ausgrenzungen bestimmt. Untergebracht werden sie in Wohnheimen, in denen sie stark reglementiert und kontrolliert werden. Ein Großteil ihres Lohnes wird von den Betrieben einbehalten und an den mosambikanischen Staat weitergeleitet. Der tatsächlich ausgezahlte Lohn darf weder gespart noch an Angehörige geschickt werden, sondern muss in vorbestimmte Waren investiert werden. Eine Schwangerschaft gilt als Grund für die Auflösung des Arbeitsvertrages.

Das private Leben ist geprägt durch eine erzwungene soziale Ausgrenzung, wie sich Olga Macuacua erinnert:

Wir Mosambikaner sind schon auch viel in Discos gegangen und haben versucht, in unserer Freizeit was zu erleben, aber mit Deutschen haben wir nicht viel unternommen. Es war auch wirklich schwer. Unser Wohnheim wurde Tag und Nacht kontrolliert. Wenn wir es in unserer Freizeit verlassen wollten, mussten wir unseren Personalausweis und die Betriebskarte abgeben. Wir mussten uns immer an- und abmelden. Wenn wir über Nacht bleiben wollten, mussten wir das begründen. Es war eigentlich nur möglich, Verwandte, die in anderen Betrieben untergekommen waren, zu besuchen. So sind wir Mosambikaner unter uns geblieben. Wir hatten nur intensiveren Kontakt zu unseren deutschen Kolleg:innen. Weitere Freundschaften und Beziehungen sind kaum entstanden.

Die offiziell proklamierte antiimperialistische Solidarität erwies sich ein weiteres Mal kaum mehr als eine Illusion, mit der Ausbeutungsverhältnisse verdeckt wurden, die als neokolonial zu bezeichnen sind.

»Als die Mauer fiel, freuten sich viele, anderen wurde es schwindelig« (May Ayim)

Zur Erfolgserzählung von der Wiedervereinigung gehören die Bilder jubelnder Menschen auf der Berliner Mauer konstitutiv dazu. Diese nationalistische Euphorie und der in ihr enthaltene »völkische Wahn« (Kahveci & Sarp, 2017, S. 48) verarbeitete May Ayim zu Beginn der 1990er Jahre in einem Text *Als die Mauer fiel, freuten sich viele, anderen wurde es schwindelig* (2012[1993]), S. 54). Das Gefühl des Schwindels angesichts der sich im Zuge des Vereinigungsprozesses entladenden Gewalt verbindet viele der Beiträge in der Ausstellung. Die Pädagogin und heutige Vorsitzende des Vereins *Courage* Sanem Kleff erinnert sich im Interview, wie das völkische Blickregime sie auf den Straßen Berlins am 9. November 1989 trifft und aus der Gemeinschaft der Jubelnden ausschließt: »Was wollt Ihr denn hier? Das ist unsere Vereinigung!« wurde ihr entgegengeworfen.⁴

Begleitet wurde die neonazistische Gewalt zu Beginn der neunziger Jahre von ausgrenzenden Diskursen in Politik und Gesellschaft, betont der Historiker Patrice G. Poutrus im Interview mit *spot_the_silence*: Im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 setzte die Union in ihrem Wahlkampf einen zentralen Schwerpunkt auf eine Verschärfung der Asyl- und Migrationsgesetzgebung. Sie führte damit eine Themensetzung fort, die in den öffentlichen Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren in der Bundesrepublik omnipräsent war und – so schreibt Poutrus an anderer Stelle – beinahe »jede wichtige Wahlentscheidung auf Bundes- und Landesebene« (Poutrus, 2019, S. 98) prägte. In einer besonders schwierigen Situation befanden sich nach der Maueröffnung die Vertragsarbeiter:innen: Die meisten von ihnen verloren ihre Arbeitsplätze, viele wurden in die Selbstständigkeit oder zur Ausreise gedrängt. Der in der DDR nicht bearbeitete Antisemitismus und Rassismus verband sich mit Verlustängsten. Mai-Phuong Kollath erinnert sich an Aussagen ehemaliger Kolleg:innen: »Wieso bist du denn noch immer hier? Haut ab!«. Streiks und Unterschriftensammlungen wurden organisiert, die mit der Forderung nach sofortiger Entlassung der Vertragsar-

beiter:innen verbunden waren, von denen viele erst einige Wochen oder Monate zuvor in die DDR gekommen waren und andere schon lange dort arbeiteten (Berger, 2005, S. 69).

Gleichwohl sein Vertrag eigentlich vorsah, dass er noch weitere Jahre in Deutschland arbeitet, erhielt Nelson Munhequete 1990 die Mitteilung, dass er zurück nach Mosambik kehren müsse. Zu diesem Zeitpunkt fühlte er sich sehr wohl in der DDR, eine abrupte Rückkehr war nicht geplant. Doch am 4. Oktober 1990 saß er in einem Flugzeug. Zurück in Mosambik entpuppte sich die vielbeschworene Solidarität ein weiteres Mal als Staatspropaganda. Er erfuhr, dass er den einbehaltenen Anteil seines Lohns nie ausbezahlt bekommen wird. Ohne die Vertragsarbeiter:innen darüber zu informieren, hatte die Volksrepublik Mosambik einen Teil der Gehälter genutzt, um Staatsschulden bei der DDR zu tilgen. Bis heute organisiert Nelson Munhequete gemeinsam mit anderen ehemaligen Vertragsarbeiter:innen jeden Mittwoch Demonstrationen in Maputo, um auf die Situation der ehemaligen Vertragsarbeiter:innen aufmerksam zu machen.

In der Arbeit von Malte Wandel spricht Olga Macuacua auch über den Mord an ihrem guten Freund Jorge João Gomondai, der ebenfalls aus Mosambik in die DDR gekommen war. In der Nacht zum Oster-sonntag 1991 stieg Gomondai in den letzten Waggon einer Straßenbahn in Dresden. In der Bahn traf er auf eine Gruppe von Jugendlichen, die ihn angriffen, mit einem Messer bedrohten und dazu zwangen, aus der fahrenden Straßenbahn zu springen. Wenige Tage später verstarb er an den Folgen des Angriffes. Als Olga Macuacua nach dem Ende des öffentlichen Gedenkgottesdienstes mit den anderen Trauernden aus der Dresdner Kreuzkirche trat, wurden sie wüst beschimpft: »Ausländer raus! Ausländer raus!«, habe eine Gruppe von rechtsradikalen Demonstranten skandiert. »Wenige Wochen später ist mein Freund in einer ähnlichen Situation, wie sie Jorge erlebt hat, nur knapp einer Gruppe von randalierenden Rechtsradikalen entkommen«, sagt Macuacua. »Es war wirklich eine schreckliche Zeit.«

Kurz nach dem Tod Gomondais und zwei Monate, bevor in Hoyerswerda ein Wohnheim für mosambikanische Vertragsarbeiter:innen und

Asylsuchende tagelang belagert und angegriffen wurde, schrieb die *BILD*-Zeitung Ende Juli 1991: »Die Deutschen sind weder ausländerfeindlich, noch sind sie Rechtsextremisten. Aber wenn der ungehemmte Zustrom von Asylanten weiterwächst, wird auch die Gewalt gegen sie zunehmen. Sind unsere Politiker unfähig, das zu begreifen?« (zit. nach Herbert, 2014, S. 94). Allein in den 14 Tagen nach den Pogromen in Hoyerswerda kam es in mehr als 20 Städten zu rassistischen Anschlägen und Übergriffen (ebd., S. 96). Am 6. Dezember 1992 einigte sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition mit der sozialdemokratischen Opposition darauf, Artikel 16a des Grundgesetzes, welcher das Recht auf Asyl regelt, zu reformieren. In den Monaten zuvor war es in Rostock-Lichtenhagen zu Pogromen gekommen, in Mölln wurde auf das Haus der Familie Arslan ein Brandanschlag verübt. Im Sommer 1993 nahmen Bundestag und Bundesrat die geplante Änderung an. Das grundgesetzlich verankerte Recht auf Asyl wurde in einer Weise verschärft, die es Schutzsuchenden fast unmöglich machte, in Deutschland um Asyl zu suchen (Poutrus, 2019, S. 179). In den Worten Peggy Piesches: »Wenn das Ergebnis der Lynch-Pogrome in Rostock-Lichtenhagen ein verschärftes Asyl-Gesetz ist, dann wissen wir, in welcher Gemengelage wir da eigentlich waren«. Von 1990 bis Juli 1993 starben mindestens 61 Menschen durch rechtsmotivierte Gewalttaten (Amadeu Antonio Stiftung, o.J.). Hier wuchs zusammen, was zusammengehört – so könnte man das Bonmot von Willy Brandt zynisch-überspitzt auch auf die rassistischen Dynamiken im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess übertragen: Die spezifische Ausgrenzungspraxis, die sich in der DDR etabliert hatte, traf auf sein bundesrepublikanisches Pendant.

Schlussbetrachtung

Zurück zum Bundespräsidenten: »Heute Nacht vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer! Welch ein Glück für uns Deutsche. Welch ein Glück für ganz Europa. Lassen Sie uns das feiern heute Abend«, verkündete Steinmeier am Brandenburger Tor. Das Glück gilt den Deutschen, die damit ganz Europa ein Geschenk gemacht zu haben scheinen. Wenig Platz lässt

der feierliche Anlass für die Unglücklichen. Zumindest aber kommt Steinmeier auf Mauern zu sprechen, die »uns« heute trennen: »Aber quer durch unser Land sind neue Mauern entstanden: Mauern aus Frust, Mauern aus Wut und Hass. Mauern der Sprachlosigkeit und der Entfremdung. Mauern, die unsichtbar sind, aber trotzdem spalten. Mauern, die unserem Zusammenhalt im Wege stehen.« Die mangelnde Konkretion lässt offen, wer sich auf den Seiten dieser Mauern gegenübersteht. Durch den Kontext der Rede aber ist zu mutmaßen, dass hier unter *auch* auf eine Trennung von Ost- und Westdeutschen angespielt wird. Für viele Westdeutsche schlägt sich diese Trennung im Wahlverhalten ihrer ostelbischen Landsleute nieder. Diese wiederum werfen den ›Wessis‹ bisweilen Arroganz gegenüber den ›Jammerossis‹ vor. Insbesondere die wahrgenommene Diskriminierung hat kürzlich zu einem aufsehenerregenden Vergleich geführt, der nachfolgend auf seine Plausibilität befragt werden soll.

Bedeutende Teile der deutschen Gesellschaft teilen Erfahrungen von Abstiegsangst, sozialer Ungleichheit und politischer Entfremdung. Vor allem zwei Gruppen sind dabei neben diesen strukturellen Nachteilen auch von sozialer, kultureller und identifikativer Abwertung betroffen: Migrant*innen – und innerhalb dieser Gruppe die besonders saliente, im Fokus stehende Kategorie der Muslim:innen – und Ostdeutsche. (Foroutan et al., 2019, S. 4)

So beginnt die vielbeachtete Studie *Ost-Migrantische Analogien I – Konkurrenz um Anerkennung*, die Naika Foroutan und Kolleg:innen für das *Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung* (DeZIM) durchgeführt haben. Der Vergleich macht stutzig. Sollen wirklich *vor allem* Ostdeutsche gleichauf mit Muslim:innen von Abwertung betroffen sein und damit stärker noch als Jüdinnen und Juden, Romnja und Sintezza, Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ-Personen, Menschen of Color ohne Migrationserfahrungen oder klassistisch entwerteten Menschen? Die Studie beansprucht, weniger ökonomischen Benachteiligungen in den Blick zu nehmen als die Selbstwahrnehmung von symbolischer Missachtung. Strukturelle Benachteiligung soll hier eher zur Überprüfung der ›Validität des Datensatzes‹ herangezogen werden. Tatsächlich scheint

der Erklärungswert der ökonomische Situation Ostdeutschlands in Bezug auf die politischen Einstellungen dort im Schwinden: Längst sind nicht mehr Städte wie Greifswald oder Halle an der Saale einsam am unteren Ende des Einkommensspektrums, sondern in schlechter Gesellschaft mit Duisburg oder Gelsenkirchen. Dennoch erreicht die AfD in den neuen Bundesländern in Umfragen regelmäßig um die 20% und bundesweit etwa 12%. Ein erheblicher Unterschied. Die Rede vom ›braunen Osten‹ hält Foroutan aber offenbar für diskriminierend. In einem Zeit-Interview mit Jana Hensel (Foroutan, 2019, o. S.) hält sie fest:

Die Erzählung eines flächendeckenden braunen Ostens aber ist genauso falsch wie die der größtenteils sexistischen und antisemitischen Muslime. Damit externalisiert die Dominanzgesellschaft eine Einstellung, die sie ganz stabil auch in sich selbst trägt, auf eine andere Gruppe. Sie stabilisiert ihr Selbstbild, indem sie einen noch schlechteren Anderen festschreibt. Und kann selbst demokratischer strahlen.

Es wird hier recht deutlich, dass der Vergleich eine Verwischung der Begrifflichkeiten nach sich zieht: Nicht anderweitig marginalisierte Ostdeutsche sind selbst Teil der ›Dominanzgesellschaft‹. Um Birgit Rommelspacher (1995), die den Begriff maßgeblich geprägt hat, zu paraphrasieren, bedeutet Dominanzgesellschaft, dass strukturelle Diskriminierungen durch kulturelle Normen zementiert werden. Welche kulturellen Normen das sein sollen, an denen ›die Ostdeutschen‹ nicht teilhaben würden, beantwortet die Studie nicht. Auch wenn es sicher ein selbstentschuldigendes Narrativ gibt, das antidemokratische Tendenzen lediglich im Osten Deutschlands verorten will oder – um bei dem schiefen Vergleich zu bleiben – Sexismus und Antisemitismus exklusiv bei Muslim:innen, macht es wenig Sinn, deshalb nicht mehr über diese Probleme Ostdeutschlands oder unter Muslim:innen zu sprechen. Stimmig mit Rommelspacher allerdings sehen die Autor:innen der Studie weniger in der wirklichen sozioökonomischen Benachteiligung der Ostdeutschen die Gründe für die Entwertung anderer, sondern vielmehr in der Interpretation der eigenen Lage. Die Gefahr dabei besteht darin, dass die Perspek-

tive der Befragten ungebrochen übernommen wird und damit wiederum selbst entschuldigende Erzählungen. So fragen die Autor:innen: »Wirkte sich die Wahrnehmung, in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten zu stehen [gemeint sind hier die Ostdeutschen, d. A.], messbar auf die Abwehr anderer benachteiligter Gruppen aus?« (Foroutan et al., 2019, S. 33). Um dann im Gesamtfazit zu dem Schluss zu kommen: »Die mangelnde Anerkennung ist ein Faktor, der zur Erklärung der O-W-Unterschiede in der Aufstiegsabwehr von Muslim:innen beiträgt« (S. 37). Das klingt erst zunächst schlüssig: Wer abgewertet wird, wertet dann auch andere ab. Plausibilisiert wird dieses Ergebnis im Bericht allerdings nicht, wie auch die Frage, worin denn die mangelnde Anerkennung jenseits mangelnder Vorstandsposten bestehen soll nur gestreift wird. Abermals zeigt sich eine begriffliche Unschärfe: Anerkennung ist immer ein Verhältnis, in dem eine oder mehrere Personen andere für etwas anerkennen. Man wird beispielsweise als Individuum, als Rechtssubjekt oder Mitglied der Gesellschaft anerkannt (vgl. Honneth, 1994). Diese Dimensionen der Anerkennung machen deutlich, dass mit einem Vergleich von Ostdeutschen und Muslim:innen diesbezüglich vorsichtig umgegangen werden sollte: Wird Ostdeutschen im Diskurs oder sozialen Interaktionen die Individualität, ihr Status als Rechtssubjekt oder als Mitglieder der Gesellschaft tatsächlich abgesprochen und ist das strukturell verankert, wie im Falle der Muslim:innen? Es besteht offensichtlich ein qualitativer Unterschied, der in der quantitativ-vergleichenden Untersuchung verloren geht. Dabei geht der Versuch, ostdeutsche Erfahrungen mit dem begrifflichen Repertoire der Rassismuskritik (»Anerkennung«, »Dominanzgesellschaft«) und dem methodischen Vokabular der Einstellungsforschung zu erfassen, offenbar der Studie voraus und ist nicht ihr Ergebnis. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass Foroutan im Zeit-Interview angibt, »kein besonderes Aha-Erlebnis« (Foroutan, 2019, o. S.) gehabt zu haben. Die Untersuchung bringt zutage, was man vorher schon zu wissen glaubte: »Die Ostdeutschen« werden diskriminiert, weshalb sie nun andere diskriminieren. Die Sorgen und Ängste ernst zu nehmen, wie es Politiker:innen naiv gegenüber PEGIDA forderten, sollte ja nicht bedeuten, ihnen umstandslos Glauben zu schenken, sondern

gegebenenfalls, die Irrationalität, die Unvernunft, die in diesen Ängsten steckt, herauszuarbeiten.

Die Studie und vor allem ihre öffentliche Rezeption scheinen den Zweck zu verfolgen, über die vermeintlich ähnlichen Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen und Muslim:innen den Weg zu möglichen Allianzen zu ebnen. Zur Irritation des bundesdeutschen Erinnerungsdiskurses um die ›Wiedervereinigung‹ scheint dies allerdings nicht zu genügen, reproduziert sich doch bereits im Design der Studie eine Homogenisierung der Ostdeutschen, zu denen Muslim:innen nicht zu gehören scheinen: Offenbar ist man entweder das eine oder andere. Der Blick in die Lebensgeschichten von Jüdinnen und Juden oder BPoCs aus der DDR macht dagegen einerseits ihre Vielfältigkeit deutlich und andererseits die gravierenden Rassismus- und Antisemitismuserfahrungen, welche in der Studie nivelliert werden. Brüche in der völkischen Einheitsmentalität sollten weniger mit vermeintlichen Gemeinsamkeiten überdeckt, sondern vertieft werden: Deutschland ist vor wie nach der ›Wende‹ gespalten, allerdings nicht nur entlang der Linie, die bei Jubiläen beklagt wird.

► Anmerkungen

- 1 Der Befund wird von Cantoni et al. (2019) gestützt.
- 2 Weiter finden sich in der Ausstellung Videointerviews mit Uwe Dziuballa, Anetta Kahane, Sanem Kleff, Mai-Phuong Kollath, Peggy Piesche und Patrice G. Poutrus.
- 3 Informationen zur Initiative finden sich hier: <https://initiative12august.de>
- 4 Vgl. zur Homogenisierung der Oppositionsbewegung auch Jerzak (2018).

► Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (o.J.). *Todesopfer rechter Gewalt*. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (Stand: 19.12.2019).

Ayim, May (2012[1993]). Das Jahr 1990: Heimat und Einheit aus afro-deutscher Perspektive. In Peggy Piesche (Hrsg.), *Euer Schweigen schützt euch nicht*. Audre

Lorde und die Schwarze Frauenbewegung in Deutschland (S. 53–68). Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Berger, Almtuh (2005). Nach der Wende: Die Bleiberechtsregelung und der Übergang ins vereinte Deutschland. In Karin Weiss & Nike Dennis (Hrsg.), *Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland* (S. 77–96). Münster: Lit.

Cantoni, Davide, Hagemeister, Felix & Westcott, Mark (2019). *Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology*. http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd_draft_20190225.pdf (Stand: 11.5.2020).

Dimitroff, Georgi (1935). Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Rede auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935. <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch1.htm> (Stand 21.10.2020).

Fischer, Joschka (1989). Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung. *taz*, 16.11.1989. <https://taz.de/!1790977/> (Stand: 3.10.2020).

Foroutan, Naika, Kalter, Frank, Canan, Coşkun & Simon, Mara (2019). *Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung*. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/Booklet_OstMig_1_web.pdf (Stand 22.10.2020)

Foroutan, Naika (2019). »Das nennt man Emanzipation«. Interview mit Jana Hensel. *Zeit Online*, 1.4.2019. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/naika-foroutan-ostdeutsche-muslime-diskriminierung-rassismus/komplettansicht?print> (Stand: 14.5.2020).

Haury, Thomas (2002). *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition.

Hawes, James (2017). *The Shortest History of Germany*. London: Old Street.

Heitzer, Enrico (2019). DDR-Systemgegnerschaft von rechts. Anregung für eine Perspektiverweiterung. In Enrico Heitzer, Martin Jander, Anetta Kahane & Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung* (S. 64–82). Frankfurt a.M.: Wochenschau-Verlag.

Herbert, Ulrich (2014). Asylpolitik im Rausch der Brandsätze – der zeitgeschichtliche Kontext. In Stafan Luft & Peter Schimany (Hrsg.), *20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven* (S. 87–103). Bielefeld: Transcript.

Herf, Jeffrey (2019). *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989*. Göttingen: Wallstein.

- Honneth, Axel (1994). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ionescu, Dana (2019). Eine Totalitarismustheorie, die eigentlich keine ist. In Eva Berendsen, Katharina Rhein & Tom Uhlig (Hrsg.), *Extrem Unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts* (S. 59–74). Berlin: Verbrecher Verlag.
- Jander, Martin (2018). Antifaschismus ohne Juden. In Enrico Heitzer, Martin Jander, Anetta Kahane & Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung* (S. 206–222). Frankfurt a. M.: Wochenschau-Verlag.
- Jerzak, Claudia (2018). Dresdner Oppositionsbewegungen der 1980er Jahre und ihre Vereinheitlichung im bundesdeutschen Erinnerungsdiskurs zur DDR. *Freie Assoziation*, 20(2), 13–29.
- Kahane, Anetta (2018). Von der ideologischen Schuldabwehr zur völkischen Propaganda. In Enrico Heitzer, Martin Jander, Anetta Kahane & Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung* (S. 264–275). Frankfurt a. M.: Wochenschau-Verlag.
- Kohl, Helmut (1989). *Rede des Bundeskanzlers auf der Kundgebung vor der Frauenkirche in Dresden. 22.12.1989*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundeskanzlers-auf-der-kundgebung-vor-der-frauenkirche-in-dresden-790762> (Stand: 3.10.2020).
- Korte, Jan (2009). *Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik*. Berlin: Dietz.
- Knabe, Hubertus (2007). Mielkes schweres Erbe. Wie die Aufarbeitung der Stasi-Akten neu organisiert werden könnte. *SPIEGEL*, 15.8.2007. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mielkes-schweres-erbe-wie-die-aufarbeitung-der-stasi-akten-neu-organisiert-werden-koennte-a-499843.html> (Stand: 13.5.2020).
- Knigge, Volkhard (2017). Geht der Osten anders mit der Schuld um? Interview mit Valerie Schönian. *FAZ*, 6.11.2017. <https://www.zeit.de/2017/45/ns-zeit-ostdeutschland-volkhard-knigge-gedenkstaette-buchenwald/komplettansicht> (Stand: 13.1.2020).
- MEMO (2020). *Multidimensionaler Erinnerungsmonitor. Studie III*. https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen-/Studien/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf (Stand: 4.10.2020).
- Poutrus, Patrice G. (2019). *Umkämpftes Asyl: Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Rommelspacher, Birgit (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Steinmeier, Frank-Walter (2019). *Feierlichkeiten am Brandenburger Tor zu 30 Jahren Friedlicher Revolution und Mauerfall*. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/11/191109-Brandenburger-Tor-9-Nov.html> (Stand: 3.10.2020).

Uhlig, Tom (2020). Lieber tot als rot. Der Antikommunismus der CDU lässt sich von den Anfängen bis zu den jüngsten Ereignissen in Thüringen verfolgen. *Jungle World*, 27.2.2020. https://jungle.world/artikel/2020/09/lieber-tot-als-rot?fbclid=IwAR0e5N00854YXQzyehD2S-AhDIjLy-h61N6PV1F_eRcuYnOkUtemuSHHObg (Stand: 13.5.2020).

v. Weizsäcker, Richard (1990). *Brücken zur Verständigung. Reden*. Berlin: Verlag der Nation.

Waibel, Harry (o. J.). *Lynchmord an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret in Merseburg am 12. August 1979*. <https://initiative12august.de/ingedenken/initiative/delfin-guerra-und-raul-garcia-paret/> (Stand: 13.05.2020).

Waibel, Harry (2014). *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED: Rassismus in der DDR*. Frankfurt a. M.: PL Acad. Research.

Steffen Krüger & Alexander Degel

Der Untergang des ostdeutschen Tricksters – Eine vergleichende Kulturanalyse ost- und westdeutscher Witze vor und nach dem Mauerfall

*Anknüpfend an die existierende deutsch-deutsche Transformationsforschung rekonstruiert dieser Artikel die Dynamik westdeutscher Hegemonialisierungs- und ostdeutscher Subalternisierungsprozesse anhand von Witzen aus der DDR, der (alten) BRD und der Nachwendezeit. Eine tiefenhermeneutische Analyse, die beide Witzkulturen als dialektisch aufeinander bezogen sieht, ergab folgendes: (1) Die Naivität und Unselbstständigkeit, die DDR-Bürger*innen nach der Wende vorgeworfen wurden, waren zu DDR-Zeiten Ausdruck einer subversiven Vitalität und ermöglichten Freiräume, die der Abwehr staatlicher Vereinnahmung dienten. (2) Diese Freiräume suggerieren allerdings auch eine problematische Affinität zur Opferrolle. (3) Im BRD-Witz dominiert demgegenüber die Tendenz, andere kleinzumachen, um eigene Versagensängste abzuwehren. (4) Durch die deutsche Vereinigung treffen diese komplementären Tendenzen in Ost- und Westdeutschland zusammen und ermöglichen so die (bereitwillige) Einverleibung des Ostens in den Westen. (5) Die subversive Vitalität, die identitätsstiftend war für viele DDR-Bürger*innen, gerät im hegemonialen Verständnis Westdeutschlands zum Stigma, das doppelt kränkend war, da es als selbst herbeigeführt erscheinen musste.*

Schlagwörter: Witze, DDR, Ossi, Wessi, Kulturanalyse, Tiefenhermeneutik

Auch 30 Jahre nach der Vereinigung 1990 sind die Folgen der Teilung Deutschlands wahrnehmbar – nicht nur in soziokultureller und – ökonomischer Hinsicht, sondern auch in Stereotypen und Ressentiments, die Erwartungen steuern und damit Normalitäten und Realitäten konfigurieren. Kollmorgen, Koch und Dienel weisen in *Diskurse der deutschen Einheit* (2011) auf eine Vielzahl von Mediengenres und Diskursen hin, die eine Hegemonialisierung der ›Westdeutschen‹ und eine Subalternisierung der ›Ostdeutschen‹ fortlaufend reproduzieren: von Zeitungsnachrichten, übers Fernsehprogramm, bis hin zu den Lehrmitteln in der Schule. Durch diskursive Hegemonialisierung werde die Überlegenheit



und Macht der Westdeutschen realisiert und gewahrt, was die Fortsetzung soziokultureller Missachtung und Marginalisierung der Ostdeutschen bedinge.

Im vorliegenden Artikel leisten wir einen Beitrag zur Erforschung dieser Dynamik. Wir rekonstruieren die Entstehung der Hegemonialisierungs- und Subalternisierungsprozesse, indem wir die Witzkulturen beider deutscher Länder beleuchten und sie in einer psychoanalytisch informierten, tiefenhermeneutischen Lesung (Lorenzer, 1986) in ihrer historischen Entwicklung von der Zeit der Teilung bis in die Nachwendzeit verfolgen. Dabei betrachten wir Witze nicht nur als diskursive Praxis, in der Subjektivität und Sinn entsteht (Lacan, Foucault), sondern auch als Ausdruck intrapsychischer Spannungen und Kompromissleistungen (Freud). Während existierende Studien sich vorwiegend auf den politischen Witz in der DDR konzentrierten (Hirche, 1964, Schiewe & Schiewe, 2000), zeigt unser komparativer Ansatz, wie die komplementären Strömungen und Tendenzen beider deutscher Länder ineinandergreifen und eine Dynamik erzeugen, die in das von Kollmorgen et al. (2011) beschriebene und bis heute nachwirkende Missachtungsverhältnis hineinspielt.

Der Witz als psycho- und kulturalanalytisches Material

Witze, so bemerkte Freud (1910), seien ein »vortreffliches Hilfsmittel zur Erforschung des unbewussten Seelenlebens der Menschen [...] ganz ähnlich wie Träume und die Mythen und Sagen« (ebd., S. 225). In seiner Studie *Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten* (1905) charakterisiert Freud die Wirkung eines Witzes als umso lustvoller, je größer die Aufhebung der vom Ich zu leistenden Verdrängung und der vom Über-Ich errichteten Zensur ist. Ein gelingender Witz überrumpelt seine Zuhörer*innen, indem er deren Abwehrmechanismen außer Kraft setzt oder umgeht – ein Prozess, der Einsichten in die unbewussten Dynamiken der am Witz Beteiligten eröffnet.

Das Witzeerzählen ist zugleich stets eine gesellschaftliche Handlung; als sozialste aller auf Lustgewinn zielenden seelischen Leistungen braucht

es mindestens zwei Personen, damit der Witz funktionieren kann: diejenige, die den Witz erzählt und diejenige, die darüber lacht; der tendenziöse Witz, so Freud, benötigt als dritte Partei noch ein Opfer, das im Witz verlacht wird (Freud, 1905, S. 151ff.). Darüber hinaus ist das Witzeerzählen kulturschaffend: Mit jedem Witz muss neu verhandelt werden, welche verpönten Affekte, Phantasien und Wünsche Ausdruck finden und auf wen sie projiziert werden dürfen. Indem somit neben der individuellen Unbewusstheit in einem interaktionalen Prozess kollektiv produzierte Unbewusstheit (Erdheim, 1982) entsteht, die als jeweils typisch für einen gegebenen Kulturraum erachtet werden kann, stellen Witze auch ein vortreffliches Hilfsmittel zur Erforschung kulturellen Lebens dar.

Die kulturanalytische Vorgehensweise, die wir hier vorschlagen, orientiert sich an dem Folklorist Alan Dundes (1987):

As a folklorist, I have come to believe that no piece of folklore continues to be transmitted *unless* it means something – even if neither the speaker nor the audience can articulate what that meaning might be. In fact, it usually is essential that the joke’s meaning *not* be crystal clear. If people knew what they were communicating when they told jokes, the jokes would cease to be effective as socially sanctioned outlets for expressing taboo ideas and subjects (Dundes, 1987, S. vii, Hervorhebungen im Original).

Diese Eigenschaften des Witzes machen ihn zu einem bedeutenden Stück zeitgenössischer Empirie, das unserer Meinung nach sowohl das Produkt intrapsychischer Kräfte als auch diskursiv erzeugter Gewohnheiten und Wirklichkeitsentwürfe ist.

Existierende Arbeiten zwischen Witz- und Transformationsforschung

Die Beschränkung auf die einseitige Analyse des DDR-Witzes hat den diskursiven Effekt, dass die Witzkultur der BRD stets als unauffällige Norm aus dem Blick gerät oder als ein ›Volk ohne Witz‹ verstanden wird (Best, 1993). Untersuchungen, die beide Teile Deutschlands analysieren,

konzentrieren sich hingegen lediglich auf einen historischen Abschnitt, z.B. den Nachwende Ossi-Wessi-Witz (Frindte et al., 1997; Soldan, 1998) und verpassen damit das dynamische Moment der Entwicklung beider Witzkulturen sowie deren tiefere Symptomatik. Eine Ausnahme bildet hier Jürgen Schiewe (2008), der den Witz aus sprachwissenschaftlicher Perspektive vor und nach der Wende in Ost- und Westdeutschland untersucht. Er kommt zu dem Schluss, dass der politische Witz in der DDR als Gegendiskurs fungierte und eine »Korrektur der im öffentlichen Diskurs geltenden Bedeutungen und Ideologien hervorgebracht hat« (S.146), indem offizielle Zeichenbedeutungen dekonstruiert wurden, während die Ossi-Wessi-Witze nach der Vereinigung »keine Sprachwitze im Sinne und von der Qualität der politischen Sprachwitze in der DDR [sein]« (ebd., S. 154).

Unsere Analyse stützt sich auf die oben genannten Forschungsergebnisse und baut auf sie auf; sie geht insoweit über sie hinaus, als dass sie das dynamische und dialektische Verhältnis zwischen beiden Witzkulturen in ihrer Entwicklung von der Mauerzeit bis in die Zeit nach dem Mauerfall herausarbeitet und versucht zu klären, wie diese von Schiewe (2008) herausgearbeitete Veränderung in den Witzen zu verstehen ist. Wir folgen dabei lose dem Konzept der Kollusion, d.h. der über Zeit gewachsenen psychodynamischen Komplementarität zweier oder mehrerer aufeinander bezogener Personen oder Parteien (Willi, 1975), das Hans-Joachim Maaz (2010) in die Kulturanalyse deutsch-deutscher Verhältnisse eingeführt hat. Ein Denken, das sich auf Kollusionsverhältnisse stützt, minimiert die Gefahr einer Interpretation, die gerade aufgrund kulturbedingter unbewusster Konflikte (Devereux, 1984), nur eine Seite deutsch-deutscher Kultur erfasst.

Mit diesem Ansatz schließen wir an existierende Untersuchungen der deutschen Transformationsforschung an, die besonders die Ambivalenz in den Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland in den Mittelpunkt gestellt haben. Der oben erwähnte anerkennungstheoretische Ansatz von Raj Kollmorgen (2011), der in diskursiven Konstruktionen die prekäre Anerkennungslage der Ostdeutschen untersucht hat, erscheint uns hierbei besonders produktiv. Dem Kernbefund Kollmorgens,

dass das deutsch-deutsche Missachtungsverhältnis auf einer »strategiologischen Strategie« beruht (Bourdieu, 1990 in Kollmorgen, 2011, S. 335) – also auf einem Ensemble vor- und unbewusst ablaufender Denk-, Erlebens- und Interaktionsmustern beruht, die dennoch eine Art ›Stoßrichtung‹ haben – kann hier mehr Tiefenschärfe verliehen werden, indem wir diese Strategie in verschiedene komplementäre und teilweise widerstrebende, unbewusste Muster und Entwicklungsphasen zerlegen und damit die diskursive Ebene mit den vor- und unbewussten Inhalten anreichern.

Untersuchungsgegenstand sind Witze in beiden Teilen des getrennten Deutschlands sowie die nach der Vereinigung entstandenen Ossi- und Wessi-Witze. Dabei trugen wir mehr als 1200 Witze aus DDR, BRD und dem vereinigten Deutschland, aus Witzbüchern von 1960-2000 zusammen (u.a. Franke, 2002, 2003; Millowitsch, 1970; Heidemarie, 1984; Garant Verlag, 2015).

Im Folgenden werden wir zuerst die DDR, dann die BRD-Witze einer Analyse unterziehen, um unsere Befunde dann in eine weitere Analyse der Witze der Nachwendezeit eingehen zu lassen.

Teil I: Der Witz dies- und jenseits der Mauer

DDR

Vorab einige allgemeine Bemerkungen zum Status des Witzes und Witzeerzählens in der DDR:

- In der Sowjetischen Besatzungszone sowie in den ersten Jahrzehnten der DDR-Geschichte wurde das Witzerzählen teilweise strafrechtlich verfolgt. Als ›Boykotthetze gegen die DDR‹ oder ›Sabotage des sozialistischen Aufbaus‹ drohten Gefängnisstrafe oder körperliche Gewalt durch Soldaten und später durch die Stasi¹.
- Demgegenüber entwickelte sich zeitgleich ein staatlich geförderter Witz (z.B. im Witzblatt *Frischer Wind*, später *Eulenspiegel*) der überwacht und zensiert wurde und sich auf die außenpolitischen Feindbilder (BRD, USA) und Kapitalismuskritik konzentrierte und

dabei zumeist verkrampft, wenig kreativ und unlebendig wirkte² (Schiewe & Schiewe, 2000).

- Erst in den 1970er und 80er Jahren wurden auch in staatlich geförderten Medien (z.B. *Eulenspiegel*) Witze zugelassen, die ihre Kritik im Lachen gegen das eigene System wandten und beispielsweise die Materialknappheit im Land zum Thema machten. In dieser Zeit wurde das Witzerzählen generell offener und alltäglicher. Selbst SED-Parteigenoss*Innen erzählten nachweislich Witze (Hertle & Saure, 2015, S. 21).
- Zu Recht wird von vielen Autor*innen, die sich mit dem politischen Witz in der DDR beschäftigen (u.a. Hirche, 1964, Schiewe & Schiewe, 2000), eine Ventilfunktion des Witzes angenommen, durch die der Witz als Sprachhandlung eine Kritik an gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zuständen ermöglichte, die in anderer Form sanktioniert worden wäre.

Manifeste Witzinhalte

Auf der manifesten Ebene kreisten die Witze, die in der DDR (ab den 1980ern zwar ungestraft, aber dennoch hinter vorgehaltener Hand) erzählt wurden, um folgende Themen:

- 1) Die Einschränkungen des alltäglichen Lebens durch Material- und Güterknappheit, sowie Reiseeinschränkungen. Zum Beispiel:
Warum gab es in der DDR so viele Schlaglöcher? Weil sie nicht exportiert werden konnten. (Franke, 2003, S. 153)
- 2) Die Ausbeutung der DDR-Gebiete und die Bedrängung von DDR-Bürger*innen durch die UDSSR:
Ein sowjetischer Funktionär auf einer SED Parteiversammlung: »Die Sowjetunion will immer nur euer Bestes!« Zwischenruf eines Zuhörers: »Ja, aber das wollen wir ja gerade behalten!« (Strohmeyer, 1981, S. 104)

- 3) Die politischen Herrscher wie Walter Ulbricht, Erich Honecker und Egon Krenz sowie deren Exekutivorgane, die Volkspolizei und die Stasi, die als dumm und russlandhörig kritisiert wurden:
Warum gehen Grenzsoldaten der Volksarmee immer zu dritt auf Streife?
Einer kann lesen, der andere schreiben und der dritte passt auf die zwei Intellektuellen auf. (Strohmeyer, 1981, S. 113)
- 4) Die sozialistische und SED Propaganda, der man ausgesetzt war:
Die 5 Phasen des Sozialistischen Aufbaus:
1. Die euphorische Stimmung, wenn etwas losgehen soll.
2. Das große Durcheinander, wenn es nicht klappt.
3. Die Suche nach dem Schuldigen, warum es nicht klappt.
4. Die Bestrafung des Unschuldigen.
5. Die Auszeichnung des Nichtbeteiligten. (Franke, 2003, S. 74)
- 5) Westdeutschland als heimliches Ideal und die Westverwandtschaft als materielle Versorger*innen:
Symbolik eines Bruderkusses: Kuss rechte Wange (dabei flüsternd): »Hast du mir was mitgebracht?« Kuss linke Wange (ebenfalls flüsternd): »Kann auch was aus dem Westen sein!« (Hertle & Saure, 2015, S. 87)
- 6) Die Mauer als Grenze des Erfahrbaren und der Wunsch, »rüberzumachen«, also die Mauer zu überwinden und in den Westen zu flüchten (ein Wunsch, der nicht nur im Einzelnen verortet wurde, sondern kollektiv im ganzen Volk, und selbst noch bei den politischen Eliten):
Warum fährt die gesamte Republik nach Berlin?
Weil ein Loch in der Mauer ist.
Und warum fahren wir dann nach Karl-Marx-Stadt?
Um uns an's Ende der Schlange anzustellen. (Franke, 2003, S. 34)

Eingeklemmt und aufgerieben – Die generelle Gefühlsstruktur des DDR-Witzes

Anstatt unsere Analyse an einer der obigen Witzkategorien ansetzen zu lassen, ist es der Gesamteindruck, der aus unserer Vertiefung ins Material entstand, den wir an den Anfang unserer Interpretation stellen wollen. Dieser Gesamteindruck verdichtet sich hin zu einem klaustrophoben Gefühl, eingeklemmt zu sein und aufgerieben zu werden: Vom Osten, von Russland/UDSSR, bedrängt, schikaniert, beraubt und ausgenommen. Von den Parteioberen und Staatsoberhäuptern, ihrerseits machtlos gegenüber Moskau, herumkommandiert und mundtot gemacht (»Nationalgericht der DDR? Gedämpfte Zunge«, Franke, 2003, S. 77). Von der Stasi verfolgt und von Vopos gegängelt. Diesen Druckverhältnissen korrespondiert eine Wunschbewegung Richtung Westdeutschland – ins »Schlaraffenland« (Strohmeyer, 1981, S. 107) – und damit Richtung Mauer, an der man mit seinem Traum vom guten Leben (z.B. das der Westfrau: »An der linken Hand nur Ringe, in der rechten Hand die Autoschlüssel, hinter sich den Urlaub in Spanien und vor sich die Kur in Italien«, Franke, 2003, S. 119) hängen bleiben muss. Nur die Privilegierten dürfen sich ein Bild vom »faulenden, sterbenden Kapitalismus« machen (»Genossen, ich sage Euch, es ist ein schöner Tod«, Franke, 2003, S. 129).

»Die Genossen werden sich schon was dabei gedacht haben« – Die Lust am Leiden der DDR-Führung

Der Leidensdruck, der sich durch die obige Situation aufbaut, findet sein Ventil in Witzen über die dummen und ungewaschenen Russen (»Ih, ein Russe!«, ruft die Spinne angeekelt und flüchtet aus der öffentlichen Toilette«, Franke, 2003, S. 54), die dumme Volkspolizei (»Es ist acht Uhr. Für die Genossen von der Volkspolizei: Der große Zeiger zeigt nach oben, der kleine auf die Brezel.«, Strohmeyer, 1981, S. 113), und besonders in Witzen über die DDR-Parteiführung, die als speichelleckend, übertrieben ergeben, ja, gar entmännlicht und mit einer Vorliebe für den Masochismus dargestellt wird:

Die Parteiführer aller Ostblockstaaten treffen sich zu einer Konferenz in Moskau. Ceausescu findet auf seinem Stuhl eine Reißzwecke, wischt sie weg und setzt sich. Kania sieht ebenfalls eine Reißzwecke auf seinem Stuhl, presst sie ins Holz und setzt sich. Auch Honecker findet auf seinem Stuhl eine Heftzwecke, deren Spitze nach oben zeigt. Er setzt sich drauf und sagt zu sich selbst: Die sowjetischen Genossen werden sich schon etwas dabei gedacht haben. (ebd., S. 102)

Ein weiteres Witzbeispiel setzt das Entmännlichungsthema, das sich oben andeutet, in einem deutlicheren Kastrationsmotiv fort:

Auf Honeckers Schreibtisch stehen so an die zwanzig Telefone, alle in rot gehalten. Ab und an klingelt auch mal eines. Als es plötzlich wieder klingelt, sagt er seinem Sekretär ohne vorher abzuheben: »Genosse, bitte Ruhe, Moskau ist dran!« Der Sekretär wundert sich, woher Honecker das schon vorher wusste. Ihm wird es aber schnell klar. Es ist das einzige Telefon ohne Sprechmuschel. (Franke, 2003, S. 55f.)

So wird den Parteioberen in vielen Witzen ein vorauseilender Gehorsam gegenüber dem stärkeren Partner (Sowjetrussland) zur Last gelegt, der, durch seinen Eifer und seine Unbedingtheit, ein passiv-sexuelles Element erhält, was die Staatsoberhaupten noch jämmerlicher, lächerlicher und verachtungswürdiger erscheinen ließ.

Die Westverwandten und die Phantasie des ›Rübermachens‹ als Topoi des Widerstands

Davies (1998) schreibt, es sei besonders der Umstand gewesen, dass die autoritären Herrscher Osteuropas im 20. Jahrhundert nicht (frei) vom Volk gewählt wurden, der den Hass und Spott des Volkes auf sie zog. In den Witzen über die DDR-Parteioberen zeigt sich diese Illegitimität nicht nur an deren Lust an der Unterwerfung unter die Machthaber im Osten, sondern in den ebenso verzweifelte Versuchen, die fehlende Rechtmä-

ßigkeit doch irgendwie vom Volk zu erhalten, wie im folgendem Witz, in dem Honecker um die Gunst eines jungen DDR-Bürgers wirbt:

Honecker möchte einmal wissen, ob ihn wirklich jedes Kind in der DDR kennt. Also befiehlt er seinem Fahrer, in einer kleinen Eigenheimsiedlung anzuhalten. Honni steigt aus und klingelt an einer beliebigen Haustür. Es öffnet ihm ein kleiner Junge. Honni fragt: »Na mein Junge, kennst du mich denn?«

Der Junge: »Nee!« Honni verlegen: »Ihr habt doch ein kleines Häuschen?«

Junge: »Ja!« Honni: »...ein Auto?«

Junge: »Ja!!« Honni: »...einen Farbfernseher?«

Junge: »Ja!!!!« Honni: »...und immer modische Sachen zum Anziehen?«

Junge: »Ja, ja!!« Honni jetzt ganz stolz: »Mir hast Du das alles zu verdanken!

Nun weißt du doch sicher wer ich bin?«

Der Junge dreht sich ganz schnell um, läuft zu seiner Mutter in die Küche und ruft voller Freude: »Mami, Mami, Onkel Paul aus Hamburg steht vor der Tür!« (Franke, 2003, S. 150)

Die aufrichtige Liebe, Dankbarkeit und kindliche Abhängigkeit, die viele der DDR-Witze gegenüber der BRD – dem Klassenfeind – zeigen, ist deshalb so wirkungsvoll kränkend, weil sich die DDR-Staatsführung just diese Ergebenheit von ihrem Volk wünschte. So deutet sich hier ein erster zentraler Befund für die Transformationsforschung an, denn die starke Liebe der DDR-Bürger zur BRD, auf deren psychologisch naivem Glauben die Form, welche die deutsche Vereinigung annahm, fußt, kann nur adäquat verstanden werden, wenn man sie in jenem Dreiecksverhältnis sieht, dem sie entstammt. Die BRD als Sehnsuchtsort und der ›Wohltäter-Wessi‹, als zwei Orientierungspunkte, die der Integration Ostdeutschlands in das System Westdeutschlands zugrunde liegen, konnte es in der

Vorstellung der DDR-Bürger*innen nur in jener Ambivalenz-freien Form geben, in der die Witze sie zeigen, da sie ein Widerstandsreservoir bilden: als Abwehr gegen das DDR-System.

So lässt sich dasselbe Dreiecksverhältnis als Motiv für den Wunsch des ›Rübermachens‹ anbringen, der, wie oben beschrieben, für die gesamte DDR geltend gemacht wurde – wie etwa im Witz, in dem sich zwei Grenzsoldaten darüber unterhalten, was im Falle des Mauerfalls zu machen sei: »Ich würde ganz schnell auf den nächsten Baum klettern, oder meinst du, ich lasse mich tottrampeln?« (Strohmeyer, 1981, S. 113).

Die Realität der eigenen Abhängigkeit und Machtlosigkeit

Die witzige Abwehr der staatlichen Propagandamaßnahmen, die die Parteioberen zu jämmerlichen Figuren in masochistisch getönten Abhängigkeitsverhältnissen machte, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die DDR-Bevölkerung Witze machte, gerade weil sie selbst in eben solchen Abhängigkeitsverhältnissen lebte. Das Lächerlich-Machen der Parteioberen gibt insofern lediglich jene jämmerliche Situation an die Staatsführung zurück, in der sich ein Großteil der Bevölkerung befand. Der witzigen Projektionsleistung nach oben entspricht die (ernsthafte) Machtausübung nach unten.

Von dieser Entsprechung von Druck und Druckausgleich legen Witze in Form von absurden Geboten Zeugnis ab. In den »Geboten des Sozialismus (oder Prinzipien der Führungstätigkeit)« finden sich beispielsweise folgende Unsinnssprüche:

1. Wir sind zu allem fähig, aber zu nichts zu gebrauchen.
2. Gefährlich ist, wenn Dumme fleißig werden. [...]
4. Jeder macht, was er will, keiner macht, was er soll, alle machen mit, keiner weiß, warum.
5. Wir haben zwar nicht viel gemacht, aber das, was wir gemacht haben, ist auch nicht zu gebrauchen. [...]
14. Wir kennen die Aufgabe nicht, aber wir bringen das Doppelte.